

Auszüge aus Redetexten von der letzten Montagsdemo

...Meine Vorredner haben bereits zum gegenwärtigen Stand des Geschehens rund um die Abwassersatzung schon einiges gesagt. Kennzeichnend ist besonders das Schweigen der Presse zu diesem Thema. Es sagt einiges über den Zustand der Demokratie in WSF aus. Noch nie ist so ein Tiefstand erreicht worden, wie unter OBM Risch. Für WSF gilt jetzt wieder die Pressezensur, wie es die meisten noch gut aus der Zeit vor über 20 Jahren kennen. Es ist deshalb wichtig, dass wenigstens zu einigen Themen hier auf den Markt gesprochen und informiert wird.

...Einige von uns konnten sich vergangene Woche davon überzeugen, als sie sich auf dem Hof der Fa. Franz Kerstin unter Polizeiaufsicht wiederfanden. Die Firmen Franz Kerstin, ARAL und andere fürchten im Zusammenhang mit der Vergärungsanlage Zorbau um Leben und Gesundheit ihrer Mitarbeiter. Ihre Konzernzentralen werden sich dem Widerstand der Bürger und der BI's anschließen. Sie waren es, die über die Panorama Redaktion den MDR eingeschaltet haben, um gegen das zu befürchtende Ende der Weissen Industrie um WSF herum zu kämpfen.

...Einzig die Stadt Lützen bemüht sich um ein offenes Verfahren und hat dem OR Boraus zum Erörterungstermin am 13. Nov. 10.00Uhr ins Rathaus geladen. Ansonsten ist Vertuschung und Pressezensur angesagt. Die BI hat vergangene Woche einen erneuten Versuch gestartet, den Umweltausschuss in dieser Angelegenheit zum Handeln aufzufordern. Nachdem zwei Geheimverträge sowie eine Liste der widerlichsten und schlimmsten Abfallstoffe bekannt wurde, erhielt der stellv. Ausschussvorsitzende Dr. Heunisch Kenntnis davon.

...Neben den bereits bekannten Tönnies Schlachtabfällen, wie Magen- und Darminhalten von 7 Mill. Schweinen, Fetten und sonstigen Resten sollen als europaweite Importe die schlimmsten denkbaren Giftstoffe erst in Zorbau zu Gärschlamm verarbeitet und danach auf den Feldern rings um Weißenfels landen. Das ist der Supergau für unsere Stadt und trauriger Endpunkt einer bedingungs- und widerspruchslosen Ergebnis bzw. Kapitulation der Stadtoberen vor einem großen LM Konzern. Es ist absolut nicht zu verstehen, wie unsere Stadträte bei diesem Anschlag auf Leben und Gesundheit ihrer Bürger auch nur eine Minute ruhig schlafen können.

... Der Ortschaftsrat Boraus und die BI's werden auf jeden Fall vom Fortgang berichten. Die genannten Geheimverträge können unter der Internetadresse www.weissenfelser-seiten.de eingesehen werden.

...An dieser Stelle soll auch auf einen weiteren Fall hingewiesen werden, den

Dr. Riedel, BI Pro WSF, vergangene Woche eindringlich geschildert hat. Es geht um die sogenannte Rampenanbindung (Straßenauffahrten) der B91n in Burgwerben. Für den wirtschaftlichen Vorteil eines einzigen Betriebes, des Schlachthofes WSF, sollen 2 – 3 Mill. Euro Haushaltsmittel der Stadt eingesetzt werden. Und dies bei einem Schuldenstand von 10 Mill. Euro und gnadenlosen Kürzungen bei Investitionen und für Kultur in Stadt und Land. Auch hier wieder die bekannten Merkmale von Informationsunterdrückung auf allen Ebenen. Die BI wird auch an diesen skandalösen Thema dranbleiben.

...Beim Thema Abwasser hat sich in der vergangenen Woche insofern etwas getan, als das der BI der Entwurf der Unternehmenssatzung der Anstalt öffentlichen Rechts, der Abwasserbeseitigung WSF vorliegt. Wie bei diesem Bürgermeister und diesen Stadträten nicht anders zu erwarten, ist diese Satzung ein Anschlag auf uns Bürger. Wir alle sind aufgefordert den weiteren Fortgang, d. h. Beschlussfassung durch Stadtrat und Bestätigung durch Kommunalaufsicht kritisch und mit größter Aufmerksamkeit zu begleiten (wenn nötig mit massiven Protesten). Hier die wichtigsten Kritikpunkte zusammengefasst.

Das Schlimmste zuerst: Personen, die die Karre in den Dreck gefahren haben, die Schulden in Millionenhöhe hinterlassen haben, die für Rechtsverstöße aller Art verantwortlich sind und die an deren Vertuschung arbeiten, ernennen sich per Umwandlungssatzung zum Verwaltungsrat der Anstalt öffentlichen Rechts. An erster Stelle der OBM, der Vorsitzender des Verwaltungsrates werden will, und zweitens noch namentlich nicht benannte Stadträte als Mitglieder. Es kann als sicher gelten, das es im wesentlichen die Alten sind, die Interesse an der Vertuschung von Rechtsverstößen haben und im Interesse der LM Industrie handeln. Das heißt es wird fortgefahren in der Strategie alle aufgelaufenen Schulden auf die Bürger abzuwälzen. Einfach formuliert, es soll der Bock zum Gärtner gemacht werden.

Ein schwerwiegender Kritikpunkt ist der Ausschluss von Öffentlichkeit bei Sitzungen des Verwaltungsrates nach §7, der Verwaltungsrat kann nach Belieben entscheiden ob mit oder ohne Information der Öffentlichkeit. Damit steht WSF im eklatanten Widerspruch zu ähnlichen Satzungen, z. Bsp. vom Zweckverb. Abfallentsorgung BLK. Ein weiteres Beispiel von Missachtung von Bürgerinteressen enthält der §6 zur Regelung von Zuständigkeiten. Es wird ein Maximum an Vergaben von Leistungen an Dritte und Beteiligung von Unternehmen an der Anstalt ermöglicht. Einer Privatisierung werden Tür und Tor weit geöffnet und die Interessen der Bürger mit Füßen getreten. Jede Kontrollfunktion und Sperrklausel fehlt, für die Zukunft tut sich ein Horrorszenario auf. Im §9, Abs. 3 ist schließlich aufgeführt, dass mit Erlangen der Satzungsbefugnis eine neue Satzung über die Erhebung von Beiträgen für HKB's folgt. Sie soll so rechtzeitig erlassen werden, dass 2013 die Beitragserhebung erfolgen kann. Auch hier kein Wort über Beitragsgerechtigkeit und die besondere Situation in WSF. Der gesamte

Satzungstext trägt die Handschrift des OBM. Es ist die Fortsetzung einer Kommunalpolitik, die auf max. Entrechtung der Bürger abzielt, der Sicherung der bisherigen Vorteilsgewährung der LM Industrie dient, die Schulden auf die Bürger abwälzen soll und die eine Vertuschung bisheriger Rechtsverstößen ermöglicht. Die BI wird sich mit seiner Anwältin über geeignete Schritte gegen die als Zumutung zu verstehende Satzung beraten. Seitens des OR Borau werden folgend Gesichtspunkte eine Rolle spielen und in eine Antwort an die Kommunalaufsicht einfließen:

1. Keine Entlastung des ZAW vor einer juristischen Aufklärung aller Rechtsverstöße, besonders im Hinblick auf Geheimverträge beim Abwasserentgelt und sonstigen Vorteilsgewährungen
2. Klärung von zweifelhaften Einflussnahmen des OBM auf Betriebsregime der KA
3. Abwicklung des Betriebsführervertrages mit Stadtwerken muss öffentlich transparent, durch ZAW erfolgen

Gefordert wird:

4. Versagen der Auflösung des ZAW nach §14, Abs. 3 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit bis völlige Aufklärung zu Pkt 1-3 erreicht ist.
5. Durchsetzung eines unbelasteten Verwaltungsrates und dessen Vorsitzenden.

Der kritikwürdige Entwurf der Unternehmenssatzung AÖR Abwasserbeseitigung WSF wird demnächst auf der Internetplattform www.weissenfelder-seiten stehen. Ein Jeder ist aufgerufen sich über den neuerlichen Anschlag auf Bürgerrechte zu informieren. Der Kampf gegen die Abwassersatzung geht in eine neue Runde, Bürgerengagement ist gefragter denn je.